



Council of the  
European Union

182088/EU XXVII. GP  
Eingelangt am 29/04/24

Brussels, 29 April 2024  
(OR. en, de)

9443/24

FRONT 147  
MIGR 202  
ASILE 70  
COMIX 207

## NOTE

|                 |                                                                                                                                                                                                                                       |
|-----------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| From:           | German delegation                                                                                                                                                                                                                     |
| To:             | Working Party on Frontiers/Mixed Committee (EU-Iceland/Norway and Switzerland/Liechtenstein)                                                                                                                                          |
| No. prev. doc.: | 14338/23                                                                                                                                                                                                                              |
| Subject:        | Prolongation of border controls at the German internal borders in accordance with Articles 25 to 27 of Regulation (EU) 2016/399 on a Union Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code) |

Delegations will find attached a copy of the letter received by the General Secretariat of the Council on 11 April 2024 regarding the prolongation of border controls by Germany with Austria for six months as of 12 May 2024.

**E-MAIL****Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat**IM 004861 2024  
29-04-2024Received on  
11. 04. 2024

Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

**Generalsekretärin des Rates  
der Europäischen Union  
Frau Thérèse Blanchet  
1049 Bruxelles/Brussels  
BELGIEN****Nancy Faeser  
Bundesministerin**Alt Moabit 140  
10557 BerlinPostanschrift:  
11014 BerlinTel. +49 30 18 681-11000  
Fax +49 30 18 681-11014Ministerin@bmi.bund.de  
www.bmi.bund.de

Berlin, 11. April 2024

Sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

zunächst möchte ich meine Freude zum Ausdruck bringen, dass es uns kürzlich gemeinsam gelungen ist, die Verhandlungen über die Überarbeitung des Schengener Grenzkodex auf europäischer Ebene weiter voranzubringen. Ich hoffe, dass dieser gute Kompromiss nunmehr auch im förmlichen Gesetzgebungsverfahren zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden kann. Insbesondere begrüße ich das neu vorgesehene Transferverfahren für vereinfachte Rücküberstellungen an den Schengen-Binnengrenzen. Die Wirksamkeit dieses Instrumentariums wird insbesondere von der konkreten Umsetzung und Ausgestaltung abhängig sein. Dabei sei zugleich betont, dass dieses Element einer von vielen Bausteinen zur Reduzierung des irregulären Migrationsgeschehens an den Grenzen sein wird.

Die sicherheits- und migrationspolitischen Herausforderungen bestehen im Hinblick auf die Entwicklung des irregulären Migrationsgeschehens an den EU-Außengrenzen, insbesondere über die Zentral- und Ostmediterrane Route, weiterhin fort. Dies wird durch die Berichte von FRONTEX untermauert, wonach die Anzahl der unerlaubten Grenzübertritte an den europäischen Außengrenzen im Jahr 2023 mit rund 380.000 Feststellungen gegenüber dem Vorjahr erheblich gestiegen ist. Nach Angaben von FRONTEX bewegen sich Feststellungen im Januar und Februar 2024 etwa auf dem Niveau der Vorjahresmo-

Zustell- und Lieferanschrift: Ingeborg-Drewitz-Allee 4, 10557 Berlin  
Verkehrsanbindung: S + U-Bahnhof Hauptbahnhof

nate. Obgleich Berichte auf eine Reduzierung des Migrationspotenzials entlang der Balkan-Route hindeuten, ist weiterhin eine hohe Anzahl von unerlaubten Einreisen an der deutsch-österreichischen Landgrenze zu verzeichnen. Die Feststellungen unerlaubter Einreisen an der deutsch-österreichischen Landgrenze sind zwar im Vergleich zu den Monaten von Juli bis Oktober 2023 gesunken, allerdings sind die derzeitigen Feststellungen im Zeitraum von Januar bis März 2024 auf einem vergleichbaren Niveau wie im Vergleichszeitraum von 2023. Gleiches gilt für die menschenverachtende Schleusungskriminalität.

Die bekannte Lageentwicklung, insbesondere in den Hauptherkunftsstaaten der irregulären Migration sowie die sich bessernden saisonalen Witterungsbedingungen, lassen einen dauerhaften und nachhaltigen Rückgang des irregulären Migrationsgeschehens an den EU-Außengrenzen und in der Folge an der deutsch-österreichischen Landgrenze nicht erwarten. Nach wie vor berichten die Kommunen und Länder, dass die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten äußerst angespannt sind. Eine Steuerung und Kontrolle von irregulärer Migration bleiben daher unverzichtbar. Eine drohende Überforderung des Gemeinwesens und damit einhergehende Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gilt es zu verhindern. Vor diesem Hintergrund haben Bund und Länder (zuletzt am 6. März 2024) beschlossen, dass temporäre Binnengrenzkontrollen weiter nötig sind, um Schleusungen zu bekämpfen und irreguläre Einreisen zu reduzieren. Dabei stellt die deutsch-österreichische Landgrenze einen Schwerpunkt der Schleusungskriminalität dar. So sind an dieser Grenze im gesamten Jahr 2023 rund 1050 Schleusungsdelikte festgestellt worden.

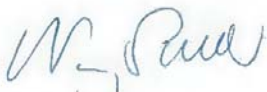
Die deutsch-österreichische Landgrenze wird voraussehbar angesichts der Situation, Entwicklung und den Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten, insbesondere in Afghanistan, Syrien und der Türkei, und angesichts der dort zusammenlaufenden europäischen Migrationsrouten aus dem Süden und Südosten ein Schwerpunkt des irregulären Migrationsgeschehens und der Schleusungskriminalität bleiben. Hinzu treten Gefahren, die sich aus aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen weltweit (u. a. fortwährender Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die durch terroristische Gruppen verschärfte Sicherheitslage insgesamt und im Nahen Osten) ergeben und sich auch auf Europa und Deutschland auswirken.

Angesichts dessen bin ich nach sorgfältiger Abwägung gezwungen, mit Wirkung zum 12. Mai 2024 Binnengrenzkontrollen für einen Zeitraum von sechs Monaten an der deutsch-österreichischen Landgrenze nach Art. 25 bis 27 der Verordnung (EU) 2016/399 („Schengener Grenzkodex“) anzuordnen. Durch die aus bloßem Anlass des Grenzübertritts zulässigen Kontrollen können Schleusungshandlungen gezielter und frühzeitiger erkannt und unterbunden sowie Gefahren für die Gesundheit und das Leben der geschleusten Personen abgewehrt werden. Bei meiner Entscheidung habe ich die Geeignetheit, die Erforderlichkeit und die Angemessenheit im Vergleich zu Alternativmaßnahmen sowie das Urteil des EuGHs vom 26. April 2022 in Bezug auf die Begründung einbezogen. Etwaige Alternativmaßnahmen ermöglichen weder Kontrollen aus bloßem Anlass des Grenzübertritts noch fokussieren technische Einsatzmittel auf das Erkennen und Verhindern irregulärer Migration und sind insoweit nicht gleichermaßen geeignet.

Seien Sie versichert, dass es mir weiterhin ein festes Anliegen ist, zu grenzkontrollfreien Schengen-Binnengrenzen zurückzukehren, sobald es sicherheits- und migrationspolitisch vertretbar erscheint.

Zudem wird die Bundespolizei mit ihren innerstaatlichen und den österreichischen Partnerbehörden nach wie vor bestrebt sein, die Auswirkungen auf den grenzüberschreitenden Straßen- und Warenverkehr, die Wirtschaft und das Leben sowie Arbeiten in der Grenzregion so gering wie nur möglich zu halten. Die Grenz- und Verkehrsbehörden arbeiten daher anhaltend daran, praktische Verbesserungsmöglichkeiten regelmäßig zu prüfen und umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen



Nancy Faeser

Thérèse Blanchet

Secretary-General of the Council of the European Union

1049 Bruxelles/Brussels

BELGIUM

Dear Secretary-General,

First of all, I would like to express how pleased I am about the recent progress we achieved in the negotiations at European level to revise the Schengen Borders Code. I hope that this good compromise can now be brought to a successful conclusion in the formal legislative procedure. I am especially pleased about the transfer procedure newly provided for to simplify returns at the internal Schengen borders. The effectiveness of this instrument will depend in particular on how it is organised and carried out in practice. I would also like to stress the fact that this element is one of many that will reduce irregular migration at the borders.

In view of the rise in irregular migration at the EU's external borders, in particular via the central and eastern Mediterranean routes, the challenges in terms of security policy and migration policy remain, as the FRONTEX reports confirm: in 2023, some 380,000 unlawful entries at the EU's external borders were recorded, significantly more than in the previous year. According to FRONTEX, the number of unlawful entries detected in January and February 2024 was about the same as in the preceding months. Although reports indicate a reduction in potential migration along the Balkan route, there is still a large number of illegal entries at the land border between Germany and Austria. And although the number of illegal entries detected at the German–Austrian land border between January and March 2024 is lower than in the period from July to October 2023, the current figures are comparable to those in the period from January to March 2023. The same applies to migrant smuggling activities, which show no regard for human life.

The situation particularly in the main countries of origin for irregular migration, combined with improving weather conditions in spring and summer, gives us no reason to expect a lasting and sustainable reduction in irregular migration at the EU's external borders and therefore also at the German–Austrian land border. Our state and local governments continue to report extreme difficulties in accommodating and taking care of refugees.

That is why it remains crucial to manage and control irregular migration. We must prevent our communities from being overwhelmed, which would also threaten public security and order. With this in mind, Germany's federal and state governments agreed (most recently on 6 March 2024) that temporary controls at the internal borders remain necessary to fight migrant smuggling and reduce irregular migration. The German–Austrian land border is a focus of illegal migrant smuggling: in 2023, some 1,050 migrant smuggling offences were detected at this border.

In view of the developing situation and living conditions in migrants' countries of origin, in particular Afghanistan, Syria and Turkey, the German–Austrian land border will likely continue to bear the brunt of irregular migration and migrant smuggling, as the migration routes to Europe from the south and south-east converge there. Threats arising from current global developments in security policy have only worsened the situation: Russia's ongoing war of aggression against Ukraine and the security situation which terrorist groups have exacerbated everywhere, and particularly in the Middle East. These threats also have an impact on Europe and Germany.

For this reason, and after careful consideration, I find myself obliged to order internal border controls at the German–Austrian land border for a period of six months, beginning 12 May 2024, on the basis of Articles 25 to 27 of Regulation (EU) 2016/399 (Schengen Borders Code). These controls, which are warranted by the mere fact of people crossing the border, can detect and prevent smuggling activities in a more targeted manner and at an earlier stage, and can help avert dangers to the lives and well-being of the people being smuggled. In taking this decision, I have taken into account its appropriateness, necessity and proportionality in comparison to alternative measures as well as the ruling of the Court of Justice of the European Union of 26 April 2022 with regard to the justification. Potential alternative measures do not allow for controls solely on the basis of people crossing the border, nor is the technical equipment involved focused on detecting and preventing irregular migration. Therefore, such measures are not equally suitable.

Please be assured that I remain firmly committed to returning to internal Schengen borders free of border controls as soon as this is justifiable from the perspective of security and migration policy.

Furthermore, Germany's Federal Police, together with their national and Austrian partner authorities, will strive to keep to a minimum the impacts on cross-border road traffic and the flow of goods, the economy and the lives and work of people in the border region. The border and traffic authorities are therefore continually engaged in examining and implementing practical improvements on a regular basis.

Yours sincerely,

(signed)

Nancy Faeser